

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 4

Köln, den 27. Januar 1933

34. Jahrg.

## Werbekraft aus gewerkschaftlicher Überzeugung.

Unsere Zeit wird oft die Zeit der Wende genannt. Unverkennbar haftet ihr ein revolutionärer Zug an. Kritik und Kezerei wenden sich gegen alte und neue Einrichtungen und Zustände. Kein Gebiet und keine Frage bleibt unberührt. Krise, Aufbruch, Wende, wie man die Strömungen und Bewegungen auch nennen mag: Wir fühlen alle, daß wir mitten im Strudel des Geschehens stehen und außerordentlich wichtige Entscheidungen heranzreifen.

Ob diese Entscheidungen für oder gegen die Arbeiterschaft getroffen werden, ist für die zukünftige Gesamtentwicklung von größter Bedeutung. Daß sie einer guten Lösung entgegengeführt werden, ist dringend zu wünschen und nicht zuletzt eine Angelegenheit der Arbeiterschaft selbst. Sie ist vor allem darum interessiert, weil die wichtigsten und vorbrinlichsten Probleme ihre Ursache im Sozialen haben, weil die fühlbaren, zur Entladung drängenden Spannungen geboren werden aus den Rechtsansprüchen und Forderungen, die die Arbeiterschaft an den Staat, die Gesellschaft, die Wirtschaft und Kultur zu stellen hat.

Im Zeitalter der Konzentration, der Kartellierung und Verstrickung, mit anderen Worten: der Zusammenballung der Herrschaft und Macht in wenigen Händen, wird der Kampf des einzelnen für Ideale, für Recht und Freiheit, für Geltung und Mitbestimmung, mag dieser Kampf noch so opfermutig und heroisch sein, im besten Falle mit einem Teilsieg oder im Martyrium enden. Gegenüber den tatsächlichen feindlichen Gewalten ist die Einzelkraft zu gering, um vorhandene Widerstände, Ränke und offene Feindschaft zu besiegen. Sollen diese überwunden werden, bedarf es eines größeren Einsatzes von Kräften, um des Erfolges sicher zu sein.

Die Überzeugung und der Glaube Gleichgesinnter und Gleichstrebender unter einheitlicher Führung ist der größere Kräfteeinsatz im sozialen Kampfe. Wirksam und einflussbereit erscheinen sie in der Organisation, in den Gewerkschaften. Der Name Gewerkschaften ist von nicht geringer Bedeutung. Damit verbindet sich der Begriff programmatischer Zielstrebigkeit, der Begriff bestimmten gesellschaftspolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Wollens. Daß wir diesen Sinn und Geist erfassen, mit Mut und Glauben an der Verwirklichung unserer Ziele arbeiten und unserer gewerkschaftlichen Überzeugung die weiteste Verbreitung sichern, das ist die hauptsächliche und unsere Aufgabe.

### Was sind die Gewerkschaften?

Sie sind Berufsverbände zur Wahrnehmung der Berufsinteressen der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften sind Akt der Selbsthilfe der Arbeiterschaft, sind entstanden als eine unabhängige Schöpfung der Arbeiter selbst. Ihre Existenz gründet sich auf die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses, von welcher Seite sie auch kommen konnten, wurden weder begehrt noch erhofft. Die Gewerkschaften sind ausgesprochene Standesbewegung. Aus der Gefahrengemeinschaft von der wirtschaftlichen Seite her haben die Gewerkschaften die das ganze Sein und Leben des Arbeiters erfassende und schützende Aufgabe übernommen. Daraus ist auch ihre umfassende Zielstellung begründet. Für den flüchtigen Beobachter mag die Gewerkschaft bloßer Zweckverband, nur Interessenvertretung sein. Ein wirtschaftlicher Zweckverband ist in seinem Aufbau und in seiner Zielstellung ausschließlich bestimmt von der ihm gestellten Aufgabe. Wären die Gewerkschaften lediglich Zweckverbände, dann ständen sie auf der gleichen Stufe wie etwa die Arbeitgeberverbände, deren einziger Daseinszweck allein die Wahrnehmung lohnpolitischer Unternehmerinteressen ist und — nebenbei gesagt — unter

größeren Gesichtspunkten gesehen, von ihnen äußerst kläglich erfüllt wird.

Tatsächlich sind die Gewerkschaften mehr! Sie sind der erfolgreiche Versuch einer neuen sozialen Gruppierung, mit dem Endziel, die Arbeiterschaft zu einer höheren sozialen Geltung im Rahmen der gesellschaftlichen Ordnung zu führen. Dieses Ziel ist so weit und groß, daß es des Einsatzes aller Kräfte durchaus wert erscheint. Es begreift in sich die Sorge um auskömmlichen Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ebenso wie die Forderung nach wahrer Freiheit der Persönlichkeit und Teilnahme an der Kultur. Ein großes Ziel fürwahr!

Nicht alle anerkennen das. Daß andere Gesellschaftsschichten und Wirtschaftsgruppen unsere so gearbeteten Bestrebungen und Ziele wenig freundlich betrachten und in ihnen große Gefahren für ihre eigene soziale Stellung befürchten, ist erklärlich. Erklärlich auch darum die Feindschaft und der Haß, der aus dem Unternehmerlager, dem Bürgertum und wissenschaftlichen Kreisen den Gewerkschaften entgegengedrückt wird. Das alles werden sie mit Würde zu ertragen wissen und dabei allzu vorlauten Elementen im Bedarfsfalle ganz gründlich den Schnabel stopfen.

Erfreut und sorgenvoller als das muß jeden echten Gewerkschaftler jedoch die Lauheit und Gleichgültigkeit von Teilen der Arbeiterschaft gegenüber der Gewerkschaftsidee stimmen. Die vor etwa einem Jahrzehnt oder zu Zeiten der Hochkonjunktur allerwärts festzustellende Gewerkschaftsbegeisterung blieb nicht erhalten. Nicht Überzeugung führte viele damals zur Gewerkschaftsbewegung, sondern die Aussichten auf mühelosen Gewinn. Die Zugehörigkeit zur Organisation bedeutete diesen Aufgewerkschaftlern lediglich die Ausbeutung materieller Einrichtungen. Sie wurden fahnenflüchtig in dem Augenblick, als die Rentabilität des Gewerkschaftsbeitrages nicht auf der Lohntüte Zug um Zug in die Erscheinung trat. Und andere erwählten der Tapferkeit besseren Teil, als schwere Kämpfe um Lebensrechte der Arbeiterschaft zu ertragen und die Organisation durch Opferbereitschaft und persönlichen Mut verlangten. Es ist gewiß viel leichter, sich an radikalen Phrasen zu berauschen, als persönlich für die eigene Überzeugung einzustehen. Wer zählt diejenigen, die auf politische Zukunftswechsel ihre Hoffnungen setzten und glaubten, der mühevollen Gewerkschaftsarbeit entzaten zu können? Warum finden die Ersatzgebilde für die Gewerkschaften immer noch Zulauf aus Arbeiterreihen? Betriebszellen, Betriebsorganisationen, Selbsthilfen, Fronten und Werkvereine werden nie Ersatz für die Berufsorganisation sein können, weil ihre Zielstellung der sittlichen Fundamentierung ermangelt, die die besondere Charakteristik der Gewerkschaften ist. Vieles wirkt zusammen zu der vorhandenen gewerkschaftsunfreundlichen und oft feindlichen Stimmung. Es bedarf eines energischen Aufruffens aller überzeugten Gewerkschaftler, deren es gottlob noch Hunderttausende gibt, diese Stimmung zu zerstören und einer gerechteren Auffassung über die Gewerkschaften Raum zu verschaffen.

Vor allem in den Reihen der Arbeiter, der Unorganisierten, der Indifferenten. Der Werbearbeit fällt diese Aufgabe zu, deren große Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann. Ist es denn so schwierig, die eigene Überzeugung mit dem richtigen Ausdruck den Zweiflern und Unorganisierten nahezubringen? Ist unsere Überzeugung wurzelecht, dann muß der Appell zu diszipliniertem gemeinsamem Wollen Gehör finden und den gewünschten Erfolg zeitigen. Treue zur Bewegung und Opfermut begeistern nicht, wenn jeder sie nur

im Herzen ängstlich hütet. Vorbildlich aber wirken sie und aneifernd, wenn sie herausgestellt die Mißtrauischen von der Ehrlichkeit und Lauterkeit unseres Willens überzeugen. Gewerkschaftlich organisiert sein, das heißt Selbstbehauptung, Abwehr eines bedrohlichen Herdenschicksals und gesellschaftlicher Numerierung.

Je überzeugter jeder einzelne und wir alle von der Notwendigkeit der Gewerkschaften und der Richtigkeit der Gewerkschaftsidee sind, um so durchschlagender ist die Werbekraft und der Werbeerfolg der Organisation. Der Glaube an die Sache der Arbeiterschaft ist das Kernstück gewerkschaftlicher Arbeit. Gerade die Ideenwelt der christlichen Gewerkschaftsbewegung enthält stärkste Werbekraft. Der Glaube an die Sieghaftigkeit unserer Idee überwindet alle Schwierigkeiten. Unsere Mission ist es, die Arbeiterschaft zu befreien aus unwürdigen Verhältnissen und hinzuführen zu einer besseren Zukunft. Der Wille zur Tat sei in allen Verbandsmitgliedern lebendig. Freiwillige Unterordnung unter große Ziele und nie versiegende Opferbereitschaft sind Vorbedingungen gewerkschaftlicher Erfolge.

Alle, die erfüllt sind von diesem rechten Gewerkschaftsgeiste, alle die den Glauben an ihre gewerkschaftliche Aufgabe und große Mission auch in der mühseligen Kleinarbeit des Alltags aufrecht erhalten und danach handeln, sind Pioniere und Wegbereiter für den Arbeiterstand. Ihre Zahl zu vervielfachen, sie in ihrem Glauben und ihrer Überzeugung zu stärken, heißt die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung aufs beste vorbereiten und untermauern.

## Das Sparproblem im englischen Urteil.

Vor einiger Zeit veranlaßte die Londoner Zeitung „Times“ sechs der besten englischen Wirtschaftssachverständigen, ihre Meinung über das Sparen zu sagen. Das Urteil dieser sechs Nationalökonomien lautet ganz einfach: „Das Sparen liegt zurzeit nicht im öffentlichen Interesse; es ist nicht patriotisch gehandelt, wenn man weniger Geld ausgibt, als man sonst gern ausgeben würde.“ Diese Meinung vertreten öffentlich die Professoren Mac Gregor von der Universität Oxford, Pigou und Keynes von der Universität Cambridge, dazu Walter Layton, der bekannte Herausgeber der angesehenen Wirtschaftszeitschrift „Economist“, Artur Salter, langjähriger englischer Sachverständiger für Wirtschaftsfragen beim Völkerbund und J. C. Stamp, Direktor bei der Bank von England.

Es mag überraschen, daß in einer ausgesprochenen Zeit der Not von diesen sechs Sachverständigen dem englischen Publikum empfohlen wird, das Sparen und Einschränken möglichst zu unterlassen und die noch vorhandenen Einkommen weitgehend in Verbrauch umzusetzen. Zweifellos entspricht es dem Instinkt eines sorgenden Hausvaters ebenso sehr wie der natürlichen sittlichen Haltung des Einzelmenschen, in Notzeiten mit Energie die bisherigen Bedürfnisse einzuschränken, weil es auf den ersten Blick als ein Gebot der Stunde erscheint, mit den geringer gewordenen, in dieser Krise einem Volke noch verbliebenen Mitteln häuslicherisch und sparsam umzugehen. Es ist weiter verständlich, daß sich der Glaube allgemein verbreitet, was einem Einzelmenschen aus wirtschaftlicher Not herauszuhelfen vermag, gelte auch für das ganze Volk. Hier belehren uns die Nationalökonomien eines anderen. So widersinnig dem gesunden Menschenverstande die Wirtschaftskrise im Überfluß von Gütern, die nicht absehbar sind, überhaupt erscheint, so entgegengesetzt dem natürlichen Instinkt des Menschen sind auch die Mittel, mit denen diese Krise allein erfolgreich bekämpft werden kann. Wirtschaftliche Not verleitet immer zu der Vermutung, daß die notwendigen Güter zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse knapper geworden sind, und daß man deswegen an ihnen sparen müsse. Diese Vermutung war auch für die meisten wirtschaftlichen Notzeiten der früheren Jahrhunderte richtig, wie sie beispielsweise heute noch für nichtkapitalistische Volkswirtschaften, wie China oder Indien, bei Hungersnot infolge Mißernten richtig bleibt. Krisen aus Mangel an notwendigen Gütern zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse können nur, wenn sonst nichts anderes übrigbleibt, mit Sparen, Einschränken und Verzichtern überwunden werden.

Unsere heutigen Krisen in den kapitalistisch gewordenen Volkswirtschaften sind jedoch keine Mangelkrisen mehr, sondern sie beruhen auf Funktionsstörungen des Wirtschaftsapparates. Darum muß ihnen gegenüber die alte hausbackene Regel der Einschränkung,

des Verzichtens und Sparens als Krisenheilmittel versagen. Die sozial beklagte Deflation mit ihren fortgesetzten Schrumpfungsercheinungen ist sicher vielfach so weit getrieben worden, weil in manchen Volkswirtschaften lediglich Krisenbekämpfungsmethoden von der Art sparsamer Hausvaterregelung versucht worden sind. Ob die Staatsmänner Hoover, Mac Donald, Mussolini oder Brüning hießen, sie standen zeitweilig alle in der Gefahr, bloß mit solchen „soliden“ Hausvaterrezepten der Krise zu begegnen. Es hat lange gebauert, bis die Nutzlosigkeit oder gar die Schädlichkeit der Deflationspolitik in einer produktionsfähigen und nur belähmten Volkswirtschaft erkannt worden ist. Hoover hat allerdings schon frühzeitig ein richtiges Gefühl für die Gefahren einer „totalen“ Deflation gehabt; so hat er sich beispielsweise immer gestraubt, Lohnsenkungen als Krisenheilmittel zu empfehlen. Mussolini hat vor einigen Monaten aus der gleichen Einsicht einen Stillstand des Lohnabbaues befohlen. Mac Donald ist durch den Pfundsturz vor der Versuchung bewahrt worden, seine Deflationspolitik bis zum bitteren Ende durchzuzerzieren. Widerstand gegen weiteren Lohnabbau ist nur eine Form des Abwehrkampfes gegen die verderbliche Einschränkungssphose.

Die englischen Nationalökonomien sind noch einen Schritt weitergegangen und halten sogar eine Vermehrung des Sparens in Geld für einen Vorgang, der weitere Arbeitslosigkeit hervorrufen muß, weil zunehmende Ersparnisse den Verbrauchsgüterabsatz sicher verringern, ohne daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die auf die Bank gebrachten Gelder für neue Anlagen alsbald ausgegeben werden. Das mag für England, das bereits einen sehr flüssigen Geld- und Kapitalmarkt hat, ohne daß es zu erheblich neuen Investitionen kommt, stimmen. In Deutschland besteht jedoch die Gefahr einer übermäßigen Sparkapitalbildung, für die es in der Krise keine Neuanlagen gäbe, keineswegs. Was wir uns aus dieser englischen Diskussion merken müssen, ist vielmehr die Erkenntnis, daß wir es auch bei uns nicht in erster Linie mit einer Mangelkrise zu tun haben, die mit Einschränkungen und Hunger zu überwinden ist, sondern, daß eine Funktionsstörung des Wirtschaftsapparates vorliegt. Voraussetzung für die Beseitigung dieser Funktionsstörung ist die Einsicht, daß Abbau- und Einschränkungsmaßnahmen aller Art nicht nur keine Hilfe mehr bringen, sondern die Wirtschaftslähmung verstärken. Wir haben in Deutschland die besten Produktionsmittel, dazu die bestqualifizierte Arbeitnehmerschaft. Beide warten darauf, daß sie wieder zusammenkommen können, um das zu erzeugen, was uns jetzt allenthalben fehlt.

## Für Mietsenkung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der bereits Mitte Juni des vergangenen Jahres der Reichsregierung die Not der Neubaumieter unterbreitet und um Abhilfe gebeten hatte, hat erneut eine Eingabe an den Reichskanzler und die kommissarische Preußenregierung gerichtet, in der eine Mietsenkung für Neubauwohnungen gefordert wird.

Die Not der Neubaumieter, so wird in der Eingabe gesagt, werde immer größer. Wenn weiterhin mehr als 55 Prozent der Neubaumieter mehr als ein Viertel, zum Teil weit über die Hälfte ihres Einkommens allein für die Miete aufwenden müßten, so sei das ein unhaltbarer Zustand. Die gleichartige Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 15. Juni habe bedauerlicherweise nicht die notwendige Wirkung gehabt. „Wir haben,“ so heißt es in der Eingabe, „den Eindruck, als ob nach der Auflösung des preußischen Wohlfahrtsministeriums und der damit verbundenen Aufteilung der Wohnungsfragen auf mehrere Ministerien die Stelle für die Führung im Kampf gegen die drohende Katastrophe fehle.“

Die Eingabe wird mit an dieser Stelle schon veröffentlichtem stichhaltigen Material belegt. In ihr werden dann Vorschläge zur Lastensenkung gemacht, die sowohl den Neuhäusbesitzern, deren Notlage anerkannt wird, als auch den Mietern die Möglichkeit zur Existenz läßt. U. a. sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Herabsetzung der Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuer-Hypotheken und anderer öffentlicher Baugelder für eine zunächst auf zwei Jahre zu bemessende Zeitspanne ein geeignetes Mittel, um eine fühlbare Senkung überverteuerter Neubaumieter zu erzielen.

Bemerkenswert ist die Forderung, wirklich notleidenden Mietern, z. B. Erwerbslosen und kinderreichen Familien, durch außergewöhnliche Mietzuschüsse zu helfen. Diese müßten unmittelbar dem notleidenden Mieter oder mittelbar dem Wohnungsunternehmen als Mieterstattung mit besonderer Beschleunigung gewährt werden.

„Nachdem die vierte Notverordnung einen immer größeren Anteil aus dem Rest der Gebäudeentwässerungssteuer dem Lande und den Gemeinden zufließen läßt, ist auch daran zu denken, daß die notleidenden Neubausmieter besondere Zuschüsse über den Wohlfahrtsfonds der Gemeinden erhalten, wie es in einem gewissen Umfang durch die preußische Notverordnung vom 10. Juni bereits vorgesehen ist.“

## Wozu noch eine „Reichsmöbelmesse“?

Don Dr. Ing. Walter Hahn, Regierungsbaumeister, Dresden. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Im Sommer vorigen Jahres ist wieder einmal ein großer Streit um die Messen entstanden, und zwar hat er in diesem Falle der Möbelmesse im Herbst gegolten. Hierzu hatte der Syndikus der Detmolder Messe, Herr Dr. Hoffmann, Zahlenmaterial veröffentlicht, um dessentwillen er heftig angegriffen worden ist. Wenn den Veröffentlichungen seitens Detmold auch die gute Absicht zugestanden werden soll, so bleiben sie doch letzten Endes ein Zufallsprodukt, und es sind bei einer gründlichen Vertiefung in die Einzelheiten zudem recht erhebliche Irrtümer untergelaufen. Mir liegen hier beispielsweise die amtlichen Ergebnisse für die Leipziger Möbelmessen vor. Zum Vergleich ergibt sich daraus für Leipzig folgende Richtigstellung, wobei die irrtümlichen Detmolder Angaben in Klammern ( ) beigefügt sind, die Leipziger Zahlen im übrigen noch durch den belegten Raum ergänzt wurden.

### Ausstellerzahl der Möbelmessen in Leipzig und Detmold.

Die in Klammern ( ) beigefügten Ziffern sind die irrtümlichen Angaben des Detmolder Syndikus, Herrn Dr. Hoffmann, veröffentlicht in „Die Holzindustrie, Heidelberg“, Jahrg. 12, Nr. 31.

Zur Vermeidung von Irreführungen wurden die Ausstellerzahlen für Holzbearbeitungsmaschinen in dieser Tabelle weggelassen.

Jahr:	Leipzig Frühjahrsmesse:		Leipzig Herbstmesse:		Detmold:	
	richtig:	falsch:	richtig:	falsch:		
Ausstellerzahl für Möbel i. engerem Sinne:						
1928	156	( 68)	185	( 70)	73	
1929	239	( 79)	186	( 84)	69	
1930	239	(110)	228	(101)	115	
Ausstellerzahl f. Tische, Stühle, Neben-, Kleitmöbel usw.						
1928	148	( 77)	147	( 87)	18	
1929	99	( 89)	126	( 72)	22	
1930	144	( 91)	140	( 83)	41	
Ausstellerzahl für Zubehörteile:						
1928	59	( 34)	60	( 26)	21	
1929	65	( 30)	58	( 29)	26	
1930	55	( 31)	49	( 30)	40	
Gesamtausstellerzahl:						
	richtig:	falsch:	in qm	richtig:	falsch:	in qm
1928	363	(179)	= 7517	392	(183)	= 8475
1929	403	(198)	= 7405	370	(185)	= 7416
1930	438	(232)	= 8500	417	(214)	= 8638
1931	443		= 10066	385		= 9486
1932	426		= 11162	396		= 10316

Nun propagiert man, wenn auch nicht für den Herbst 1933, so doch immer noch „im Prinzip“ eine Berliner Möbelmesse und beabsichtigt, wenigstens vorläufig, sie erstmalig wieder im Herbst des Jahres 1934 zu veranstalten. Dabei ist wohl auch mehr der Wunsch der Vater des Gedankens, wenn man dort seine Möbelmessen gleich als Reichs-Engros-Möbelmesse aufstellt. Demgegenüber wird bei dem Kampf gegen die Detmolder Messe gerade von Berliner Seite unter dem Hinweis auf sie in den Jahren 1921, 24, 25, 27, 28, 29 und 30 stattgegeben — besser gesagt: 1922, 23, 26, 31 und 32 bzw. auch 33 ausgefallenen — Berliner Möbelmessen — die wirtschaftliche Vernunft betont, die die Abhaltung von Möbelmessen in den übrigen Jahren verbot, so daß die Frage nahe liegt: Aus welchem Grunde die wirtschaftliche Vernunft es gebietet, sie unter den heutigen Wirtschaftsausspizien überhaupt noch anzusetzen, besser gesagt, welche wirtschaftliche Unvernunft dazu Veranlassung gibt. Denn als solche wird bei der Bekämpfung der Detmolder Messe und des Messe- und Ausstellungsunfuges überhaupt seitens der Möbelindustrie und des Möbelhandels jedwedes entbehrliche derartige Unternehmen angesehen. Unter diesen Umständen

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 22. bis 28. Januar ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Die **Handwerkskunst im Holzgewerbe** erscheint im neuen Jahre zu einem ermäßigten Bezugspreis von 1,50 RM für das Vierteljahr. Bestellungen sind umgehend an die Zentrale zu richten.

fragt man sich hinsichtlich der immer noch geplanten Berliner Veranstaltung, ob denn eine so wesentliche Besserung unserer wirtschaftlichen Lage zu erwarten ist, und wenn schon oder noch mehr, ob eine wirtschaftliche Notwendigkeit überhaupt besteht (was zu verneinen ist!) und worum es sich dabei anders handeln könnte als um die Rückeroberung eines aufgegebenen Prestiges, welches noch dazu kein Prestige war.

Denn bei dem schon oberhalb auch von Berlin aus betont erwähnten universellen Charakter der Messe dürfte man kaum erwarten, daß man sich dort mit einer mehr oder weniger lokalen Veranstaltung wie Detmold zu begnügen gewillt ist, was ja eben auch der Grund dazu war, weswegen man die Detmolder Messe bekämpfte.

Dazu die schöne Bezeichnung „Reichsengrosmesse“! Man möchte hier zunächst einmal erst die Worte der Schriftleitung der „Holzindustrie“, Heidelberg, heranziehen, die sich in dem Vorwort zu dem Dr. Hoffmannschen Aufsatz in Nr. 31 ihrer Zeitschrift wie folgt äußert: „Die Messefrage muß von einer höheren Warte, die alle Äußerer gleichmäßig übersehen läßt, betrachtet und entschieden werden.“ Dann dürfte aber einer Berliner Messeveranstaltung, die doch nichts anders als mehr oder weniger unvollständiger Art ist, nicht deswegen die Bezeichnung einer „Reichsengrosmöbelmesse“ umgehängt werden, die zu Irreführungen geeignet ist, etwa weil sie gerade in der Reichshauptstadt vom Stapel läuft. Das Stichwort für die Bedeutung einer Messe wird nämlich gerade von Berlin selbst ausgegeben, indem man eine solche nicht nur von der Zahl der Aussteller und der Modelle abhängig sieht, sondern auch an der belegten Fläche und der Reichhaltigkeit in Qualität mißt.

In demselben Grade, wie man es ablehnen muß, den Sinn und Zweck der Messe darin zu sehen, daß sie im Herstellungsgebiet eines einzelnen, der Messeveranstaltung mit zugrundeliegenden Herstellungszweiges veranstaltet wird, ebensowenig entspricht es dem Sinn, eine Möbelmesse als „Reichsengrosmöbelmesse“ zu bezeichnen und als unumgänglich nötige Veranstaltung aufzustellen, etwa weil sie sich zufällig in der Reichshauptstadt abspielen soll, und es noch dazu eine ganze Anzahl von Jahren ebensogut ohne sie gegangen ist.

Der Sinn der Messe — oder gar einer Reichsmesse — aber ist ein anderer. Er ist universell auch in der Richtung, daß es nicht nur die quantitativ-zahlenmäßigen, sondern auch die qualitativ-wertbaren Umstände sind, daß es vor allen Dingen auch um die Vielseitigkeit geht, die für die Bedeutung einer Messeveranstaltung ausschlaggebend bleibt. Unter diesem Gesichtspunkt gewertet ist aber eine Möbelmesse nur dann befriedigend, wenn sie nicht nur dem Verkäufer und Einkäufer am Möbelstück an sich Genüge leistet, sondern auch sonst für große und kleine Hersteller, Geschäftsmann, Handwerker, Klein- und Großindustriellen sowie die sonst nebenbei daran interessierten Kreise aller Schattierungen und mit allen den nebenher gehenden Umständen der verschiedensten Interessengebiete zum Austausch verhilft. Sinngemäß geführt mithin die Bezeichnung einer Reichsmesse nur derjenigen — sei sie nun auf dem Gebiete des Möbelhandels oder anderswo —, die nach jeder Hinsicht die Bedeutendste ist. Diesen Tatbestand den Berlinern zuzupredigen, widerlegt sich schon wie mehrfach oberhalb erwähnt dadurch, daß man mehrere Jahre sehr wohl auch ohne die Berliner Möbelmesse zum Herbst ausgekommen ist. Genügt: Die obige Berichtigung des von dem Syndikus, Herrn Dr. Hoffmann, herausgebrachten Materials hinsichtlich der Leipziger Messe, um deren Vielseitigkeit, Bedeutung und einzige Berechtigung als Reichsmöbelmesse darzutun, auch ohne sich durch eine vergleichende Statistik auf mehr oder weniger subjektiver Basis dem Vorwurf einer Verfälschung auszusetzen. Sie ergibt auch unabhängig von einer Wertung lediglich nach der Zahl der Aussteller die bevorzugte Stellung Leipzigs und eine stetig steigende Tendenz in der Fläche des belegten Ausstellungsraumes, und das trotz ungünstigster Verhältnisse!

Wonach nur übrigbleibt, den Berliner Bestrebungen und allen an den Möbelfachinteressen beteiligten Kreisen ein für allemal die Frage entgegenzuhalten: Wozu noch eine Reichsmöbelmesse in Berlin, wenn es eine Reichsmöbelmesse in Leipzig schon gibt?

## Rundschau.

**Die Arbeitslosigkeit der Welt Ende 1932.** Die Arbeitslosigkeit im letzten Vierteljahr 1932 zeigt im Vergleich mit den Monaten Juli, August und September des gleichen Jahres in den einzelnen Ländern eine sehr ungleichartige Entwicklung. Nach Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamts ist auf der nördlichen Halbkugel im allgemeinen ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, das vorwiegend auf die Einflüsse der Jahreszeit zurückzuführen sein dürfte. Es kann jedoch erfreulicherweise festgestellt werden, daß das Ansteigen in großen Industrieländern ziemlich gering war. Der Zuwachs an Arbeitslosen betrug in Deutschland z. B. 1% (von 28 auf 29%). In Italien erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 20 000 von 980 000 auf 1 000 000. In einigen Ländern ist im letzten Vierteljahr sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen, so in Belgien von 39,9% auf 37,2%, in Frankreich von 299 000 auf 293 000, in Polen von 10,3 auf 7,1%, in Großbritannien von 23,1 auf 22,2%. In anderen Ländern ist dagegen noch ein mehr oder weniger starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

**Das Beitragsaufkommen der Arbeitslosenversicherung** beträgt nach den Angaben des jetzigen Reichsarbeitsministers im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages 1020 Millionen Reichsmark im Jahr. Für Unterstützungen würden 700 Millionen verbraucht, der Rest von 300 Millionen müsse an die Reichskasse abgeführt werden.

**Die Kosten des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“.** Die aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung der Reichskasse zufließenden Gelder — nach vorstehender Notiz also etwa 300 Millionen Reichsmark — werden zu einem erheblichen Teil für den Freiwilligen Arbeitsdienst verwandt. Reichsarbeitsminister Dr. Spruy hat im sozialpolitischen Ausschuß berichtet, daß für den einzelnen Arbeitsfreiwilligen durchschnittlich 2 RM täglich als Förderungsbetrag für 20 Wochen, bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten für 40 Wochen geleistet werden. Das bedeute 50 RM monatlich für jeden Dienstfreiwilligen oder 600 RM im Jahr. Dazu kommen die Ausgaben des Trägers der Arbeit für Materialien. Im Jahresdurchschnitt ergebe sich, daß neben den 600 RM persönlicher noch 400 RM sachlicher Kosten hinzutreten, so daß der Aufwand für den Freiwilligen Arbeitsdienst pro Kopf 1000 RM betrage. Drei Fünftel dieser Summe entfallen auf das Reich, zwei Fünftel auf den Träger der Arbeit. Bis zum 20. Dezember 1933 wurden bereits 48 Millionen für den Freiwilligen Arbeitsdienst verausgabt und dann weitere 25 Millionen bereitgestellt.

**Einnahmen und Ausgaben in der Sozialversicherung 1931.** Nach einer vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Statistik beliefen sich im Jahre 1931 die Beitrags-einnahmen in der Sozialversicherung auf drei Milliarden Reichsmark, die Gesamtausgaben auf 3,5 Milliarden Reichsmark. Ein Einnahmeüberschuß war nur noch in der Angestelltenversicherung zu verzeichnen. Die Arbeitslosenversicherung wies auf der Einnahmeseite 1411 Millionen Reichsmark und auf der Ausgabe-seite 1531 Millionen Reichsmark auf. Das Jahr 1932 brachte eine Fortsetzung der ungünstigen Entwicklung. Neben den Einnahmen haben sich aber auch die Ausgaben infolge der Einschränkung der Leistungen im Jahre 1932 erheblich verringert.

**20 Jahre Angestellten-Versicherung.** Im Januar dieses Jahres besteht die Reichsversicherung für Angestellte 20 Jahre. 1913 wurde die Angestellten-Versicherung nach schweren Auseinandersetzungen ins Leben gerufen. Bis dahin war nur ein geringer Teil der Angestellten in der Invalidenversicherung. Die Angestellten-Versicherung steht im Verhältnis zu sämtlichen anderen Versicherungen finanziell am besten da.

**Der „unbekannte Arbeiter“.** Anlässlich der Sozialen Woche der Katholiken von Kanada in Quebec hat der Papst an den Erzbischof von Montreal ein Schreiben über den „unbekannten Arbeiter“ gesandt. Der Papst erinnert in diesem Schreiben daran, daß in allen Ländern der Welt Denkmäler errichtet werden für den „unbekannten Soldaten“, weil er, obschon man ihn nicht kennt, doch den Dank des Vaterlandes verdient hat. Es gibt aber auch ein Schlachtfeld der Arbeit, wo viele unbekannt bleibende Opfer gefordert werden, besonders in dieser traurigen Zeit, die wir als Folge der Weltkrise durchmachen müssen. Zu diesen unbekanntem Arbeitern gehören auch viele Arbeitslose, die stumm die Arme hängen lassen und gerne

arbeiten möchten, um für sich und die Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Diese unbekanntem Arbeiter haben ein unanfechtbares Recht auf Arbeit, und zwar auf lohnende Arbeit, die sie leiblich und seelisch erhebt und zu zufriedenen Staatsbürgern und zu festen Stützen des States macht: Daraus folgt, daß die Staatsmänner die Pflicht haben, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um all diesen unbekanntem Arbeitern Arbeit und Brot zu verschaffen. Wenn die Lösung des Arbeitslosenproblems so schwierig ist, dann muß ein Fehler in der Weltwirtschaftsordnung vorhanden sein. In der Regel liegen die Fehler da, wo die Gegensätze zu groß sind, sei es im nationalen oder kolonialen Reichtum der Einzelstaaten, sei es zwischen Kapital und Arbeit, da der größte Teil der Krisenlast den Arbeitern zufällt, die somit die unbekanntem Opfer des Wirtschaftskrieges werden.

**Deutscher Wald in Zahlen.** Der deutsche Hochwald liefert fast alle Holzarten; er umfaßt in der Hauptsache Eichen, Rotbuchen, Birken, Kiefern, Lärchen, Fichten und Tannen. Einer amtlichen Berechnung über die Altersklassen in den einzelnen Baumgattungen ist zu entnehmen, daß 34,5 v. H. des Bestandes an Eichen ein Alter bis zu 40 Jahren, 33,5 v. H. ein Alter zwischen 40 und 80 und 21,5 v. H. das Alter von 80 bis 120 Jahren haben, während 10,5 v. H. der Eichen ein Alter von mehr als 120 Jahren aufweisen. Der größere Teil der Rotbuchen in Deutschland ist in die Altersklasse zwischen 80 und 120 Jahren einzureihen; 31,7 v. H. sind 40 bis 80 und 24,4 v. H. bis 40 Jahre alt; fast ein Zehntel der Rotbuchen sind über 120 Jahre. Die Birkenwäldungen Deutschlands setzen sich zu 64 v. H. aus jungen Birken im Alter bis zu 40 Jahren zusammen. Bei Kiefern entfallen etwa 48 v. H. auf Bäume in diesem Alter und 35 v. H. auf Bestände im Alter zwischen 40 und 80 Jahren. Mehr als die Hälfte der Lärchen- und Fichtenwäldungen setzt sich aus jungen Beständen zusammen, junge Weißtannen bis zu 40 Jahren umfassen 39,6 v. H. des Weißtannenbestandes insgesamt.

Die Holzherzeugung Deutschlands betrug nach den letzten Zählungen jährlich 24 937 000 Festmeter Derbnuzholz, wovon 21 572 000 Festmeter auf Nadel- und der Rest auf Laubholz entfielen. An Brennholz wurden 9 458 000 Festmeter aus Nadelwäldungen und 8 221 000 Festmeter aus Laubwäldungen gewonnen. Die Gewinnung von Stock- und Reißholz betrug 7 458 000 Festmeter. Von der deutschen Derbnuzholzgewinnung fanden 39,9 v. H. im Baugewerbe, etwa 16 v. H. als Grubenholz, 13,5 v. H. als Papierholz und 12 v. H. im Holzveredelungsgewerbe sowie etwas über 2 v. H. für Schwellen restlos Verwendung. Während Masten nicht eingeführt zu werden brauchten, sondern noch ausgeführt werden konnten, waren und sind die übrigen Zweige der Holzwirtschaft auf eine im ganzen nicht unerhebliche Einfuhr aus fremden Ländern angewiesen.

## Büchermarkt.

**Unfallverhütungskalender 1933.** Unter der Fülle der jährlich erscheinenden Kalender verdient der Unfallverhütungskalender besondere Beachtung. Schon die gefällige Aufmachung muß den Leser fesseln und auf den Inhalt neugierig machen, und er wird beim Studium des Kalenders nicht enttäuscht werden, enthält er doch u. a. eine gedrängte und leicht verständliche Zusammenfassung über das Wesen und den Aufbau der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung. Außerdem erwecken zeitgemäße Aufsätze über Gas- und Luftschutz allgemeines Interesse. Zahlen aus der Unfallversicherung und vieles andere mehr werden jeden Leser die Bedeutung der Unfallverhütung erkennen lassen. Allerlei Wissenswertes über Technik und Verkehr, der Posttarif und Raum für persönliche Vermerke bilden den Abschluß.

Der Kalender ist von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, zum Preise von 14 Pfennig pro Stück zu beziehen, bei größeren Bestellungen Preisermäßigung. Er ist 64 Seiten stark und enthält außer den oben erwähnten Aufsätzen usw. ein Kalendarium und zahlreiche Bilder über Unfallverhütung.

## Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.  
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche, Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellungs- und Angebote sowie Anzeigen der Bahnhöfe kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionschluss täglich Samstag-Mittag.  
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliefern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitgließer ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbestellung. Geldentwungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.